

## Online-Pressegespräch zu 20 Jahren Mobile Beratung

### Engagiert, aber schutzlos? Die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus

Am 10. März 2022, 10-12 Uhr

Referent\*innen:

- **Ricarda Lang**, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Mitglied des Deutschen Bundestags
- **Peggy Piesche**, Leiterin des Fachbereichs „Politische Bildung und plurale Demokratie“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung
- **Hans Lauterbach**, Sprecher des Oberpfälzer Bündnisses für Toleranz und Menschenrechte
- **Grit Hanneforth**, Geschäftsführerin des Bundesverbands Mobile Beratung

Neonazis auf Corona-Demos, rechte Netzwerke bei der Polizei, Gewaltaufrufe gegen Politiker\*innen: Die Gefahren durch Rechtsextremismus sind täglich spürbar. Die letzte Bundesregierung hat mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert – aber einen wichtigen Akteur aus dem Blick verloren: die Zivilgesellschaft. Dabei ist es meistens sie, die sich Rechtsextremen entgegenstellt, oft zu einem hohen Preis. Viele Engagierte werden bedroht und sind Angriffen schutzlos ausgeliefert.

Welche Unterstützung brauchen zivilgesellschaftliche Initiativen im Kampf gegen Rechts, auch mit Blick auf die Corona-Protteste? Was können sie leisten, was Polizei und Verfassungsschutz nicht können? Und welche Erwartungen haben sie an die neue Bundesregierung? Das diskutieren Expert\*innen bei einem Pressegespräch des Bundesverbands Mobile Beratung. Anlass ist das 20. Jubiläum von Mobiler Beratung, die zivilgesellschaftliche Akteur\*innen bundesweit zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus berät.

Das Pressegespräch findet online statt. Wir bitten um **Anmeldung bis zum 8. März** an: [presse@bundesverband-mobile-beratung.de](mailto:presse@bundesverband-mobile-beratung.de).

**Zum Bundesverband Mobile Beratung:** Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner\*innen für Politik und Medien zur Verfügung.